

Die größten Lügen unserer sogenannten Bildungspolitik

Mag. Robert Michelic
Obmann der VCL OÖ



Dass Wahrheit und Fakten in der Politik nicht gerade einen überragenden Stellenwert haben, wird als bekannt vorausgesetzt. Dass besonders in der bildungspolitischen Debatte Fakten locker uminterpretiert, ignoriert oder gar konstruiert werden, erklärt die große Zahl von bildungspolitischen Fachleuten, die ihre Meinung öffentlich, in allen Medien, nicht zuletzt in Onlineforen, kundtun. Wenn Expertise darin besteht, Fakten je nach Ausgangslage durch einen ideologischen Filter laufen zu lassen, haben wir tatsächlich viele Experten in unserem Land.

Österreich hat ein teures Bildungssystem
Eigentlich habe ich das selber bis vor kurzem geglaubt. Das kommt davon, wenn man – ohne nachzuprüfen – die gebetsmühlenartig wiederholten Behauptungen

derjenigen akzeptiert, die damit letztendlich nur erreichen wollen, dass in der öffentlichen Meinung die österreichischen Lehrerinnen und Lehrer als Kostentreiber für das Bildungssystem dargestellt werden. Die dahinter stehende einfache Rechnung: Bildungssystem zu teuer = Lehrer erhalten zu viel Geld. Einfache Lösung: Weniger Geld und/oder mehr Arbeitszeit für das Lehrpersonal verringert die ausufernden Personalkosten.

Dass im österreichischen Bildungssystem so manches eingespart werden könnte, was Millionen verschlingt, liegt nach dem bifie-Debakel auf der Hand. Da ist es gar nicht nötig, detaillierte Untersuchungen zur Sinnhaftigkeit ministerieller Entscheidungen anzustellen (Stichwort: Schulwaagenerlass¹) – jeder von uns kennt genügend passende Beispiele. Ich bin überzeugt davon, dass eine wirkliche (und nicht eine erlassgesteuerte) Autonomie dazu beitragen würde, zur Verfügung stehende Ressourcen (Geld, Werteinheiten) äußerst effizient und jedenfalls sparsamer, als es derzeit der Fall ist, einzusetzen.

Wie die Dinge jetzt liegen, ist die Autonomie aber in erster Linie dazu gedacht, den Schulen die Verantwortung für jene Ressourcen zu übertragen, die es gar nicht mehr gibt. Entscheidungen zwischen Klopapier und Tafelkreide, um es drastisch zu formulieren. Ich habe an einer anderen Stelle schon zitiert, dass die Kosten für die Standardprüfungen pro Schüler größer sind als jener Betrag, den eine AHS pro Schüler und pro Jahr erhält: Für Klopapier und Kreide und ein paar andere Dinge, die man für einen vernünftigen Unterricht brauchen würde.

Die Fakten: Österreichs Anteil der Bildungsausgaben am BIP beträgt 5,8%. Das ist weniger als in den USA (7,3%), weniger als der OECD-Mittelwert (6,3%), sogar weniger als durchschnittlich in den EU-21 (5,9%)².

Differenzierung verhindert Chancengerechtigkeit

Ich weiß, man kann dieses Thema fast nicht mehr hören. Jeder von uns kennt

vermutlich alle Argumente für und gegen unterschiedliche Organisationsformen, für und gegen die Gesamtschule, mehr oder weniger weit hergeholt. Was wissen wir aus unserem eigenen Land? „Mit der Volksschule haben wir schon eine Gesamtschule. Ergebnis: Jeder vierte Schüler kann nicht lesen.“³ Wenn man jetzt erwarten würde, dass diese Defizite in der Sekundarstufe I schlimmer werden, hat man sich geirrt: Nach weiteren vier Jahren (differenziert, wohlgemerkt!) sind die Leistungen – im Schnitt – insgesamt besser als nach der Volksschule. Ich schließe daraus: Ein differenziertes System, das auf die Stärken und Schwächen der einzelnen Schülerinnen und Schüler besser eingehen kann als ein Gesamtschulsystem schafft es, Defizite auszugleichen, die – aus welchen Gründen auch immer – im Gesamtschulsystem auftreten (oder zumindest nicht behoben werden).

Die Fakten: Die österreichischen Schülerinnen und Schüler verbessern sich in einem Vergleich unter 11 EU-Staaten in Mathematik von Platz 8 mit 10 Jahren auf Platz 3 mit 15 Jahren, in der Lesekompetenz vom achten Platz auf den vierten, in den Naturwissenschaften von Platz sechs auf Platz vier⁴.

Reicht das allein nicht aus, um das Thema Gesamtschule ad acta zu legen?

Die Klassenschülerhöchstzahl⁵ von 25 ist ein Richtwert, der bei Ressourcenmangel überschritten werden kann.

Von jedem Entwurf eines Gesetzes wird verlangt, dass auch die Folgewirkungen, speziell die Auswirkungen auf das Budget, überlegt werden. Seitdem beginnend mit dem Schuljahr 2007/08 die Klassenschülerhöchstzahl (AHS-Unterstufe) auf 25 gesenkt wurde, gibt es Kritik an der halbherzigen Umsetzung des Gesetzes. Auch wenn sich der Anteil an AHS-Unterstufenklassen, die überfüllt sind, zuletzt etwas verbessert hat (von über 50% ist dieser zuletzt (2012) auf rund ein Drittel gesunken): Das ist eindeutig zu viel und kann nicht als ordentliche Umsetzung eines Gesetzes gesehen werden.



Mein Schluss daraus: Entweder hat man die Folgen nicht abzuschätzen verstanden oder man hat bewusst ein (populäres⁶) Gesetz geschaffen, von dem man

wusste, dass es aus Kostengründen nicht einzuhalten sein wird. Ehrlich, wenn auch nicht so publikumswirksam wäre es, das Gesetz wieder zurückzunehmen und zu sagen, wir können uns derart kleine Klassen nicht leisten. So wurschtelt man mit fadenscheinigen Interpretationen⁷ der doch sehr klaren Formulierung des Gesetzes herum (siehe Einleitung) und – so ganz nebenbei und sicher ungewollt – sind die AHS die Leidtragenden dieser Interpretationen.

Die Fakten: An 25 (von 39) AHS mit Unterstufenklassen in OÖ wird die Klassenschülerhöchstzahl (teilweise) immer noch überschritten⁸.

Vielleicht habe ich diese Auswahl an Lügen und bewussten Irreführungen sehr subjektiv getroffen (es gäbe viele andere Beispiele). Ich denke, dass es mir wie vielen von Ihnen geht: Man fragt sich, ob die (sogenannte) Bildungspolitik noch ernst genommen werden kann. Und das ist seit den Hoppalas bei der zentralen Reifeprüfung nicht besser geworden.



Bild lizenziert von BigStockPhoto.com

Zum Autor:

Dir. Mag. Robert Michelic

Jg. 1954, Lehrer für M, Ph, INF seit 35 Jahren, Direktor am BRG Landwiedstraße, Linz, seit 2008.

- 1 http://www.krone.at/Oesterreich/Trotz_Sparkurs_Neue_Schulwaagen_um_3_Mio_Euro-Polit-Groteske-Story-401000 (11.05.2014)
- 2 Statistik Austria (Hrsg.), „Bildung in Zahlen 2012/13 – Schlüsselindikatoren und Analysen“ (2014), S. 113
- 3 Dr. Erhard Busek, Vorarlberger Nachrichten vom 13. Jänner 2014
- 4 Basis: PIRLS 2006, TIMSS 2007 und PISA 2012. Gymnasium 1/2014 (Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft).
- 5 SchOrgG §43(1): Die Klassenschülerzahl an der allgemein bildenden höheren Schule darf in der Unterstufe 25 und in der Oberstufe 30 nicht übersteigen und soll jeweils 20 nicht unterschreiten. Um Abweisungen zu vermeiden, kann die Klassenschülerhöchstzahl bis zu 20 vH überschritten werden; darüber hat die zuständige Schulbehörde zu entscheiden.
- 6 „Wir haben die Klassenschülerzahlen gesenkt, wir wollen ja für unsere Kinder das Beste.“ BM Heinisch-Hosek, (damals) Beamtenministerin, „Im Zentrum“, ORF 2 am 8. September 2013.
- 7 „Das Gesetz schreibt 25 plus 20 Prozent vor, das ist für jedermann im Gesetz nachzulesen. Da habe ich mir nichts vorzuwerfen.“ BM Schmied, 26.5.2012
- 8 Schüler- und Klassensituation 2013/14, LSR für OÖ.



Kontakt
Tel: 059 808
service@oebv.com

www.oebv.com

KESt-frei sparen? Ja, ganz sicher!

Heuer noch
abschließen und
Garanziezins
von 2014
sichern!

Die ÖBV Kurzläufer-Versicherung

- > Laufzeit unter 10 Jahren möglich
- > Zuzahlungen möglich
- > Eine interessante Ergänzung zu gängigen Sparformen
- > Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne

